

Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 M., durch unsere Kurträger zugewogen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6.15 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Debitoren und Postkassen sowie unsere Kurträger und Briefschaffende nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1 M. für die 6 gefaltete Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Korpuszeile 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltete Korpuszeile 3 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abnahmepreis ist nicht anwendbar, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Ercheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vöflig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 171.

Sonntag den 24. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Mittwoch, den 27. Juli 1921 abends 7/8 Uhr

öf. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus, Wilsdruff, am 22. Juli 1921.

Der Bürgermeister.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichsbank wurde über Amsterdam ein neuer 50-Millionen-Goldmark-Kredit zugesichert.
- * Briand erklärte, General Kollert habe ihm bestrebende Nachrichten über die Entlassung in Deutschland gemacht.
- * Im englischen Unterhause erwiderte Lloyd George auf Anfragen mehrerer Abgeordneter: Ich kann über die Aufhebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor dem Zusammentritt des Obersten Rates keine Erklärung abgeben.
- * In der irischen Frage machte Lloyd George dem Premierminister Devalera wichtige Zugeständnisse.
- * Der frühere serbische Minister des Innern Draskowic wurde aus politischen Gründen ermordet.

Hilfe für Rußland.

Es scheint, daß alle Mäde sich wieder einmal nach Rußland richten sollen. Nicht, um rote Armeen auf raschen Siegeszügen oder auf kläglichen Rückwärtskonzentrierungen zu begleiten, nicht um abermals schauernd Zeuge zu sein, wie bolschewistische Freiheitsregierungen mit inneren Revolutionen, mit geistigen Aufregungen gegen ihre Zwangsherrschaft fertig werden können. Nein, diesmal handelt es sich um den Ausbruch von Hungerkatastrophen, wie sie die Weltgeschichte wohl noch niemals gesehen haben dürfte, um solche, die ganze Gouvernements des Riesereiches zu verheeren drohen. Auch hartgefrorene Sowjetseelen können sich vor Entsetzen in Erwartung der Dinge, die da kommen sollen, und sie wissen sich anders nicht mehr zu helfen, als daß sie das Ausland um Hilfe, um Rettung für ungezählte Millionen anflehen, denen die eigene Regierung nicht mehr beizuhelfen vermag. Es fehlt an Lebensmitteln, es fehlt an Medikamenten, es fehlt an Ärzten und es fehlt an Transportmitteln, und Moskau weiß sich keinen anderen Rat mehr, als die so lange hermetisch verschlossenen Grenzen des Landes für jede Hilfe zu öffnen, die von auswärts kommen mag.

Ragim Gorki, den Nachthabern der Sowjetregierung seit langem verdächtig als Zweifler an der allein seligmachenden Kraft der Rätegedanken, wird plötzlich vorgeschoben als internationaler Fürsprecher des armen, verzweckten und verkommenen Volkes, weil man weiß, daß sein Name immer noch guten Klang hat, wo die Köpfe nicht durch äußerste Leidenschaften befeuert, die Menschenherzen für Menschenleid noch immer empfänglich sind. Er darf mit England und den Vereinigten Staaten in Verbindung treten, er darf Gerhart Hauptmann, den deutschen Dichterkönig, in Bewegung setzen, um dessen ungeheuren Kredit für Werke dringender Nächstenliebe in Anspruch zu nehmen. Schon in den nächsten Tagen soll er in Berlin eintreffen, um hier in Verbindung mit der deutschen Regierung, die bereits auf Hauptmanns Betanlassung einleitende Schritte zur Hilfeleistung für das russische Volk getan hat, die Geister aufzuräumen. Das internationale Rote Kreuz wird aller Wahrscheinlichkeit nach in den Dienst der Sache gestellt werden, und es versteht sich von selbst, daß auch in Deutschland alles geschieht wird, was wir bei den eigenen Kammernissen, mit denen wir Tag für Tag zu kämpfen haben, noch für fremde Not leisten können.

Es versteht sich von selbst — obwohl mancherlei legitime Empfindungen sich doch auch einstellen könnten. Man braucht nur sichtlich daran zu erinnern, welches ungeheure Leid mit russischem Gelde, mit russischer Propaganda über Deutschland erst im Frühling dieses Jahres gebracht worden ist, als unsere von Moskau geleiteten Kommunisten mit Gewalt die Räteherrschaft in unserer Mitte aufrichten wollten. Aber wir alle sind entschlossen, derartige Bedenken zurückzudrängen, allein schon aus dem Grunde, weil die jetzt von Hunger und Krankheit bedrohten Teile des russischen Volkes an dem verbrecherischen Freiden in Moskau gewiß ebenso schuldlos sind, wie das Gros unserer braven Arbeiterklasse in Mitteldeutschland es gewesen ist. Man kann von ihnen höchstens sagen, daß auch sie als unglückliche Opfer der verblenden Sowjetdiktatur in Betracht kommen.

Wer wird den Lenin und Trotzki noch zugestehen wollen, daß die jetzige Hungerkatastrophe ausschließlich auf die Nachwirkungen des Krieges sowie auf die unerhörte Trodenheit dieses Sommers zurückzuführen sei? Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Produktion mit allen Mitteln lebendiger Volkskraft und Staatswirtschaft wieder anzufachen, und daß die Ernährung eines großen Volkes auch trotz Hitze und Trodenheit wenigstens in der Hauptstadt sichergestellt werden kann, haben frühere Verwaltungen nicht nur in Rußland zur Genüge bewiesen. Es ist

schon so, daß Moskau alles andere eher verstanden hat, als das durch Krieg und Revolution heruntergewirtschaftete Räderwerk der Produktion in Stadt und Land wieder in Ordnung zu bringen. Solange es ging, lebte die Stadt vom Lande, bis schließlich auch das Land von Verwüstung und Produktionsstopp, von Verschwendung und Raubbau heimgesucht und zugrunde gerichtet wurde. Schließlich war es so weit gekommen, daß gerade noch das ungeheure Heer der Sowjetbeamten mit Nahrung versorgt werden konnte. Wer nicht in diesem Volksträger von Staatsbedürfnissen mit unterfröh, ließ Gefahr, früher oder später auf die Existenzstufe wilder Tiere herabzusinken. Wie es scheint, ist Rußland nun an der äußersten Grenze dessen, was ein Volk unter solchen Umständen ertragen kann, angelangt. In Amerika werden politische Bedingungen aufgestellt — Einberufung einer konstituierenden Versammlung, Gleichberechtigung aller Parteien, Freiheit der Presse usw. —, ehe man sich zu wirksamer Hilfe bereitfinden will, und in Frankreich wird Sicherheit dafür verlangt, daß, was an Lebens- und Arzneimitteln nach Rußland etwa geschickt wird, von den Sowjetleuten nicht in den unergründlichen Tiefen ihrer eigenen Vorratskammern beiseite gebracht wird.

Wir wollen nicht entscheiden, ob solche Bürgerschaftsleistungen notwendig sind; angesichts der Lage, in der sie sich befindet, wird aber die Moskauer Regierung jede Bedingung erfüllen müssen, die ihr gestellt wird, denn es geht nicht nur um das Leben des russischen Volkes, es geht auch um das Leben der Rätepublik. Es zu retten, bedeutet freilich eine eigenartige Zumutung für Europa. Es wird trotzdem helfen, soweit in seinen Kräften liegt, und im übrigen darauf vertrauen, daß die Tage d. l. e. s. e. r. Staatsform ohnehin gezählt sind. Denn was wider die menschliche Natur ist, kann nun einmal auch durch die äußerste Gewalt nicht dauernd aufrechterhalten werden. Dr. Sv.

Neuer 50-Millionen-Kredit.

Für die Reparationszahlungen. Durch eine halbamtliche Mitteilung wird bekannt, daß der Reichsbank abermals ein Kredit über Holland zur Verfügung gestellt ist. Die Veröffentlichung lautet: Bei Bekanntgabe des Kredits von 150 Millionen Goldmark wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit internationalen Finanzkreisen zwecks Beschaffung weiterer Kredite fortgesetzt werden. Wir erfahren von der Reichsbank, daß es durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn u. Co. in Amsterdam gelungen ist, inzwischen einen neuen Kredit von 50 Millionen Goldmark für die Reichsbank zu beschaffen. Verhandlungen wegen weiterer Kredite schweben.

Auch dieses Darlehen soll zur Erleichterung der Devisenzahlung an die Entente für die erste Reparationsmilliarde dienen. Der eigentlich die Geldgeber sind, wird nicht gesagt, ebensowenig ist von den Bedingungen der Kreditgewährung die Rede. Es wird von unterrichteter Seite aber betont, daß die Reichsbank weder für dieses noch für das vorhergehende Darlehen Teile ihrer Metallvorräte verbüßen mußte. Vereinzelt sind die neuen Reparationskredite mit dem bekannten deutsch-holländischen Kreditabkommen in Zusammenhang gebracht worden. Von einem solchen Zusammenhang kann keine Rede sein; der holländische 100-Millionen-Guldenkredit, der ein Staatskredit ist, dient vollkommen anderen Zwecken als die jüngsten Reparationsdarlehen.

Französische Truppen unterwegs.

Die englisch-französischen Auseinandersetzungen. Die Franzosen, die in den letzten Tagen aus dem fortwährenden Hin und Her der Raten zwischen Paris und London wohl den Eindruck gewonnen haben mögen, daß sie mit ihren Wünschen für die weitere Behandlung der oberschlesischen Frage — sofortige Truppenentsendung und Ausschub der entscheidenden Sitzung des Obersten Rates — bei ihren Verbündeten doch nicht durchdringen, haben jetzt kurzerhand auf eigene Faust getan, wofür ein einstimmiger Beschluß der Alliierten doch nicht herbeizuführen war. Die als Verstärkung der oberschlesischen Besatzungstruppen in Aussicht genommene französische Division ist bereits in Marsch gesetzt worden. Mit diesem überraschenden Schritt finden die Franzosen jedoch in London wenig Anklang, denn dort wird nach wie vor die Entsendung weiterer französischer Truppen nicht als geeignet angesehen, um die Lage zu klären. Man ist in London im Gegenteil der Ansicht, daß dadurch die Polen zu weiteren Angriffen auf die Deutschen provoziert werden dürften. Wenn dieser Fall eintreten sollte, so sei es acachen,

daß die Deutschen sich rächen würden und daß plötzlich wieder das ganze Volk in Waffen stehen würde. Dann würden die Franzosen wieder einen Vorwand haben, um über Deutschland Beschwerde zu führen und mit einer neuen Besetzung des Ruhrgebietes drohen zu können. Man bedauert in England, daß man zurzeit nicht genügend Soldaten entbehren und nach Oberschlesien senden könne, um den französischen dort das Gleichgewicht zu halten, und man erklärt, daß Briands Kommission von Sachverständigen die oberschlesische Frage in keiner Weise wird bellegen können, da sie nur an den Obersten Rat zu berichten haben würde. Dieser müsse daher so bald wie möglich zusammentreten.

In Frankreich behauptet man demgegenüber, die Sitzung des Obersten Rates habe keine Eile, solange die Sachverständigen nicht ernannt und die nötigen Verstärkungen nicht in das bedrohte Gebiet entsandt seien. Vorher könne der Oberste Rat doch nicht zu einer einstimmigen Entscheidung gelangen. Es sei also besser, die Sitzung auf Ende August oder Anfang September zu vertagen, da man auch das Bedürfnis fühle, Ferien zu nehmen. Die oberschlesische Frage sei zu verwickelt, als daß sie nicht auf Grund ernsthaften Materials geprüft werden müsse. In ein oder zwei Sitzungen sie übers Rite brechen zu wollen, bedeute, ihre grundlegende Bedeutung für Frankreichs Sicherheit verkennen. Man glaubt daher, daß trotz des gegenseitigen englischen Wunsches die Voulogner Konferenz um einen Monat verschoben werde.

Italiener und Amerikaner.

verhalten sich — leider — in der gegen oberschlesischen Frage sehr zurückhaltend, obwohl besonders Italien auf Grund der großen wirtschaftlichen Interessen, die dieses Land mit Deutschland verbinden und nach den zahlreichen Offizieren, die die italienischen Besatzungstruppen in Oberschlesien im Kampfe mit den polnischen Insurgenten gebracht haben, alle Ursache hätte, eine im deutschen Sinne günstige Lösung der oberschlesischen Grenzregelung zu befürworten. In den maßgebenden Kreisen Roms soll man nach vertraulichen Berichten den Nachrichten über einen bevorstehenden neuen Polenaufland in Oberschlesien Glauben schenken. Deshalb ist man für eine schnelle Einberufung des Obersten Rates, weil man überzeugt ist, daß mit seinem Urteil das oberschlesische Problem gelöst ist. In diesem Punkte schließt sich Italien den Forderungen der englischen Regierung an. An einer energischen Vertretung dieses Standpunktes hat es aber bisher leider noch gefehlt. Noch mächtiger steht Amerika der oberschlesischen Frage gegenüber. Die englische Anregung einer Vermittlung der Vereinigten Staaten in der oberschlesischen Krise findet in Amerika keinen Anklang. Man erklärt in New York, eine Intervention der Bundesregierung würde nur dann erfolgen, wenn der europäische Frieden unmittelbar bedroht wäre, und daß die Veränderungen in dem strittigen Gebiet nicht anscheinlich genug seien, um der amerikanischen Regierung Grund zu geben, als Vermittler aufzutreten.

Die Putschgefahr in Oberschlesien.

Außerungen des Reichsministers Dr. Gradnauer. Der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer hat sich in einer Unterredung über die Lage in Oberschlesien geäußert. Er vertritt wie alle andern deutschen Politiker den Standpunkt, daß nur eine baldige Entscheidung großes Unheil verhüten kann. Die gegenwärtige Lage in Oberschlesien ist ohne Zweifel sehr kritisch. An einen neuen Aufstand der Polen aus eigener Kraft glaubt der Minister nicht. Ein solcher könnte nach seiner Auffassung nur ausbrechen, wenn Frankreich ihn will und herbeiführt. Für den Fall der Entscheidung in Oberschlesien, so erklärte er weiter, muß dafür gesorgt werden, daß alsbald die deutsche Verwaltung in vollem Umfange arbeitsfähig eingesetzt wird und die dazu erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Gegen etwaige polnische Gewaltsaktionen müßte auch die Reichswehr in genügender Stärke an Stelle der abziehenden gallizier Truppen am Tage sein.

Zu den Gerüchten, daß in Schlesien eine gegen die deutsche Regierung und Verfassung gerichtete Putschgefahr seitens der in der Auflösung begriffenen Selbstschußformationen bestehe, meinte er, daß alle führenden Männer, die im Selbstschuß geartet haben, keinen Anlaß zu solchen Befürchtungen geben. Vielmehr dürften es einige abenteuerliche Unterführer sein, die mit ihren Leuten im Lande umherziehen und das Gefahrenmoment bilden. Jedenfalls sei die Reichsregierung gegen etwaige, derartige Pläne vollaus gerüstet.